

# **Landespolitische Positionen des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertags (BWIHK)**

In Ergänzung zu den Wahlprüfsteinen zur Landtagswahl 2016

## Inhaltsübersicht

<b>BILDUNG</b>	<b>2</b>
1.1 Masterplan gegen Fachkräftemangel	2
1.2 Schulausbildung verbessern	4
1.3 Beschäftigungsfähigkeit durch berufliche Weiterbildung sichern	5
1.4 Mit Hochschulpolitik Fachkräftemangel entgegenwirken	7
<b>INFRASTRUKTUR</b>	<b>9</b>
1.5 Ausbau des Glasfasernetzes zügig vorantreiben	9
<b>WETTBEWERBSFÄHIGKEIT</b>	<b>12</b>
1.6 Neue Dienstleistungen sind Wachstumsmotoren	12
1.7 Keine Überregulierung im Bereich der Dienstleistungen	13
1.8 Öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) nutzen	14
1.9 Internationalisierung verstärken und unterstützen	15
1.10 Alternative Antriebe technologieoffen fördern	17
1.11 Industriepolitik für den Markt und an den Unternehmen ausrichten	18
<b>STANDORTQUALITÄT</b>	<b>19</b>
1.12 Positive Impulse für den Handel geben	19
1.13 Mehr Markt und weniger Regulierung im Tourismus	21
1.14 Effiziente Strukturen im Tourismus des Landes schaffen	22
1.15 Öffentliche Clusterförderung auf Technologiebedarf und KMU ausrichten	24
<b>RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN</b>	<b>25</b>
1.16 Landeshaushalt konsolidieren	25
1.17 Privatwirtschaft hat Vorrang vor kommunaler Wirtschaftstätigkeit	26
1.18 Zugang zu öffentlichen Aufträgen erleichtern	27
1.19 Bürokratie im Land abbauen, bürokratiearme Verwaltungspraxis fördern	28

## BILDUNG

### 1.1 Masterplan gegen Fachkräftemangel

#### Wie es ist:

In Baden-Württemberg werden in den nächsten Jahren zunehmend Fachkräfte fehlen. Die Situation verschärft sich in den kommenden Jahren durch die demografische Entwicklung. Viele Ältere scheiden aus dem Erwerbsleben aus, die geburtenschwachen Jahrgänge können den Ersatzbedarf nicht decken. Zu viele Jugendliche verlassen die Schulen ohne Abschluss, besonders hoch ist der Anteil junger Migranten an dieser Gruppe. Auch die Erwerbsbeteiligung von u. a. Frauen und Älteren sowie Studienabbrechern ist steigerungsfähig, Fachkräftepotentiale außerhalb Deutschlands werden zudem bislang wenig genutzt.

#### Wie sollte es sein:

Durch gemeinsame Anstrengungen auf den Feldern schulischer, akademischer sowie beruflicher Aus- und Weiterbildung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Beschäftigung Älterer sowie Integration zugewanderter Menschen sollten Politik, Arbeitsverwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft die vorhandenen heimischen Fachkräftepotenziale optimal ausschöpfen. Ergänzend sollten die Lücken durch eine an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes orientierte gesteuerte Zuwanderung geschlossen werden. So gelingt es, ein ausreichendes Fachkräfteangebot sicherzustellen und die in vielen Branchen bestehende Technologieführerschaft der Baden-Württembergischen Wirtschaft zu erhalten.

#### Forderungen:

- In der Schule sollte mit einer besseren, berufsorientierten Ausbildung und gezielter Förderung von Migranten das Qualifikationsniveau erhöht werden.
- Intensivere Kooperation von Eltern, Schulen, Hochschulen und Wirtschaft.
- Mehr Qualitätswettbewerb im Bildungssystem ist notwendig.
- Stärkere Ausrichtung des Bildungswesens am Bedarf der Wirtschaft.
- Gezielte, qualifikationsorientierte und flexible Zuwanderungssteuerung zur Gewinnung ausländischer Fachkräfte.

- Baden-Württembergischer  
Industrie- und Handelskammertag
- Etablierung einer regional und lokal verankerten Willkommenskultur durch Anlaufstellen für Zuwanderer und hier lebende Migranten unter anderem bei der Kinderbetreuung, in Schulen, sowie Aus-und Weiterbildung.
  - Erleichterung der Anerkennung ausländischer Abschlüsse.

## 1.2 Schulausbildung verbessern

### Wie es ist:

Immer mehr Lehrstellen bleiben aufgrund der demografischen Entwicklung und dem anhaltenden Trend zu Abitur und Hochschule unbesetzt. Hinzu kommt die mangelhafte Ausbildungsreife von vielen Jugendlichen – rund 20 Prozent der Schulabgänger können laut PISA nur auf Grundschulniveau lesen und schreiben.

### Wie sollte es sein:

Die allgemeinbildenden Schulen müssen dafür sorgen, dass ihre Schulabgänger ausbildungsbereit bzw. studierfähig sind.

### Forderungen:

- Mehr Praxisbezug und Lebensnähe des Unterrichts fördern die Lernbereitschaft und bringen Sicherheit bei der Berufswahl. Schulen können die Berufsorientierung durch den Einsatz von Ausbildungsbotschaftern fördern und eine nachhaltige Bildungspartnerschaft mit einem Unternehmen eingehen.
- Die Berufsorientierung an Gymnasien soll durch einen jährlichen 'Tag der Beruflichen Bildung' verbessert werden.
- Durch Unternehmenspraktika wäre es erstrebenswert, wenn Lehrer an allgemein bildenden Schulen ihr Wissen über Wirtschaft und Arbeitsleben erweitern und dieses in den Unterricht einfließen lassen.

### 1.3 Beschäftigungsfähigkeit durch berufliche Weiterbildung sichern

#### Wie es ist:

Die berufliche Weiterbildung gewinnt angesichts der demografischen Entwicklung weiter an Bedeutung, insbesondere das Angebot an nichtakademisch ausgebildeten Fachkräften mit hoher Qualifikation wird in den kommenden Jahren deutlich hinter der Nachfrage zurückbleiben. Zwischen 2013 und 2030 werden im Südwesten in jedem Jahr durchschnittlich 112.000 Techniker, Fach- und Betriebswirte, Meister und Fachkaufleute fehlen. Die Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer muss länger erhalten werden. Bei immer kürzeren Halbwertszeiten des Wissens reichen einmal erworbene Qualifikationen immer weniger aus, um die Anforderungen der Arbeitswelt bewältigen zu können.

#### Wie es sein sollte:

Neben einer guten Ausbildung gilt es daher, die Weiterbildungsmöglichkeiten zu verbessern. Die Steigerung der Weiterbildungsbeteiligung und die Verbesserung der Transparenz und Qualität im Bereich der Weiterbildungsangebote sind wichtige Zielsetzungen.

#### Forderungen:

- Unternehmen brauchen Gestaltungsfreiheiten, die ihnen eine effiziente und passgenaue Weiterbildung und Personalentwicklung ermöglichen.
- Soweit öffentliche Zuwendungen für die individuelle Weiterbildung gewährt werden, sollen sie so flexibel wie möglich und mit Bezug auf den betrieblichen Bedarf vergeben werden. Für an- und ungelernte Mitarbeiter mit und ohne Migrationshintergrund sowie Wiedereinsteiger in den Beruf hat sich die Förderung der betriebsnahen Qualifizierung bewährt.
- Für Weiterbildungsangebote an den beruflichen Schulen sollte das Gebot der Subsidiarität gelten. Soweit Fördervereine der Berufsschulen im Einzelfall in der Weiterbildung tätig werden, muss dies mit den regionalen/lokalen Trägern abgestimmt werden.
- Weiterbildung muss europafähig werden. Der Deutsche Qualifikationsrahmen kann die Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen in der EU erleichtern. Für Fortbildungsabschlüsse wie Fachwirte oder Meister, die akademischen Abschlüssen vergleichbare Kompetenzniveaus erreichen, sollte die international verständliche

Abschlussbezeichnung „Bachelor Professional“ verwendet werden. Das würde die Durchlässigkeit zwischen beruflichem und hochschulischem Bildungssystem sowie die Mobilität der Absolventen befördern.

## 1.4 Mit Hochschulpolitik Fachkräftemangel entgegenwirken

### Wie es ist:

Baden-Württembergs Wirtschaft gehen die Fachkräfte aus. Bereits heute sind qualifizierte Naturwissenschaftler und Ingenieure Mangelware. Durch sinkende Geburtenzahlen stehen bis 2030 rund zehn Prozent weniger Schulabgänger mit Hochschulzugangsberechtigung zur Verfügung. Zusätzlich scheiden in den nächsten Jahren etwa 70.000 Hochqualifizierte altershalber aus dem Arbeitsmarkt aus.

Daneben gibt es qualitative Defizite der Hochschulausbildung, die sich negativ auf die Einsetzbarkeit der Absolventen in den Betrieben auswirken. Nicht überall ist die Umstellung auf die Bachelor- und Masterstudiengänge gelungen. Insbesondere in den Bachelorstudiengängen fehlt häufig eine ausreichende Vermittlung von Anwendungsorientierung und sozialen Kompetenzen.

### Wie es sein sollte:

Die Rahmenbedingungen müssen so ausgestaltet sein, dass im Rahmen eines bildungspolitischen Gesamtkonzepts ausreichend und qualitativ gut ausgebildete Hochschulabsolventen für den Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Soweit mit Blick auf die erforderliche Zahl von Absolventen der beruflichen Aus- und Weiterbildung für den Arbeitsmarkt sinnvoll, sollte der erfolgte Aufbau von Studienplätzen im Rahmen des Projekts „Hochschule 2012“ genutzt werden, um die Studierendenzahlen auf einem angemessenen Niveau zu konsolidieren.

Die Chancen, die die Neuorientierung durch die Bachelor- und Masterstudiengänge bieten, müssen durch eine Überarbeitung der Studieninhalte genutzt werden. Die Potentiale beruflich Qualifizierter für ein Studium müssen durch gezielte Förderung erschlossen werden.

### Forderungen:

- Die Bemühungen um die Chancen beruflich Qualifizierter an den Hochschulen dürfen sich nicht auf die Erweiterung der rechtlichen Rahmenbedingungen beschränken. Vor- und Brückenkurse müssen den Übergang an die Hochschule erleichtern. Berufsbegleitende Studienangebote müssen den besonderen Lebenssituationen beruflich Qualifizierter Rechnung tragen. Erbrachte Lernleistungen müssen im jeweils anderen Bildungsbereich anerkannt und angerechnet werden. Nicht nur Bachelor-, auch Masterstudiengänge sollten für Absolventen der Meisterebene geöffnet werden.

- Die Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge darf sich nicht in einer Umetikettierung bestehender Studiengänge erschöpfen. Studieninhalte müssen mehr praxisrelevante Kompetenzen vermitteln. Die Internationalisierung erhöht die Anforderungen an den Berufseinstieg und verlangt mehr internationale Erfahrungen und Studieninhalte.
- Das Bachelorstudium muss so ausgestaltet werden, dass es einen eigenständigen qualifizierten Berufseinstieg ermöglicht. Eine kurze Studiendauer darf hierfür nicht der alleinige Maßstab sein.
- Für eine praxisgerechte Ausgestaltung der Studieninhalte ist eine engere Verzahnung von Hochschulen und Wirtschaft erforderlich. Studieninhalte sind im Dialog mit der Wirtschaft zu erarbeiten. Starke Hochschulräte garantieren in diesem Zusammenhang die ausgewogene strategische Ausrichtung der Hochschulen und tragen dazu bei, auch die wirtschaftlichen Belange in die Hochschule zu tragen. Tendenzen zur Abschaffung bzw. Schwächung der Position der Hochschulräte ist daher eine Absage zu erteilen.
- Die zunehmenden Quantitäten dürfen nicht zu Lasten der Qualität der Hochschulausbildung gehen. Neben der Verbesserung der sächlichen Ausstattung sind Qualitätssteigerungen in der Lehre erforderlich. Die Vergütung sollte dazu leistungsorientiert erfolgen und das Engagement in der Lehre besonders belohnen.

## INFRASTRUKTUR

### 1.5 Ausbau des Glasfasernetzes zügig vorantreiben

#### Wie es ist:

Die Liberalisierung des deutschen Telekommunikationsbereiches seit 1996 hat zu einem regen Wettbewerb geführt, die Marktöffnung gilt als gelungen. Die massive Digitalisierung der Industrie und aller Dienstleistungsangebote (Industrie 4.0, Onlinehandel, mobile Lösungen), verbunden mit exponentiell wachsenden Datenvolumina, erfordert nun ein entsprechend leistungsfähiges Datennetz. Deutschland ist hier gegenüber anderen starken Wirtschaftsnationen zurückgefallen, zudem finden sich die Regionen selbst im Vergleich zu anderen europäischen Metropolregionen nicht auf dem gleichen Niveau. Die beste Technologie für ein leistungsfähiges Datennetz ist die Glasfaser. Der Ausbau des Glasfasernetzes kommt jedoch nur schleppend voran. Die beschränkten Datenraten, die mit der heute eingesetzten herkömmlichen, auch optimierten, Technologie im Festnetz erreicht werden, lassen gravierende Nachteile für die Wirtschaft befürchten. Innovationskraft, die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle sowie die Optionen zu mobilem Arbeiten leiden. Das derzeitige Marktdesign führt nicht zu einem flächendeckenden Glasfaserausbau.

#### Wie es ein sollte:

Es sollte das Ziel verfolgt werden, in Deutschland einen flächendeckenden Ausbau mit Glasfaser für alle Nutzer zu erreichen, wofür erhebliche Investitionen nötig sind. Der Zeitraum, bis zu dem dieses ambitionierte Ziel erreicht werden kann, sollte möglichst kleiner 10 Jahre sein. Auf dem Weg zum flächendeckenden Ausbau mit Glasfaser müssen indes Zwischenziele erreicht werden. Insbesondere darf dabei der Ausbau der Infrastruktur in Gewerbegebieten nicht vernachlässigt werden. Wo immer möglich und finanzierbar, sollte Glasfaserinfrastruktur Vorrang haben und in einem passiven Open Access Modell betrieben werden. Ein passives Open Access Modell ist ein Glasfasernetz, in dem keine aktiven Netzkomponenten (mit Strombedarf) durch den Grundversorger betrieben werden, sondern ausschließlich Teilnehmern Anschlussleitungen auf Glasfaserbasis vermietet werden (sogenannte Dark Fiber). Wo dies nicht realisiert werden kann, wäre es eine mögliche Alternative den Unternehmen auf der Basis der vorhandenen Infrastruktur die maximal mögliche Datenrate als Übergangslösung zur Verfügung gestellt werden. Das Eine tun, das Andere nicht lassen.

## Forderungen:

- Die eingesetzten Brückentechnologien (wie z. B. Vectoring) dürfen die weitere Entwicklung einer Glasfaserinfrastruktur nicht behindern. Sie müssen weiterhin wettbewerbsfähige Angebote für die Unternehmen und die Dienstanbieter ermöglichen.
- Die Politik sollte entsprechende Randbedingungen für tragfähige Finanzierungsmodelle schaffen - und wo notwendig - Fördermittel bereitstellen.
- Im Planungsverfahren (Landesplanung, Regionalplanung, Bauleitplanung) sollte sichergestellt werden, dass frühzeitig Verpflichtungen zum Glasfaserausbau bei der Erschließung von Gebieten festgelegt werden.
- Bei Ausschreibungen soll auf bessere Ausgewogenheit und Rechtssicherheit geachtet werden, Ziel sollte es sein, dass dieser Infrastrukturausbau auch mittelständischen Unternehmen Entfaltungsmöglichkeiten bietet und unternehmerische Vielfalt ermöglicht wird.
- Auf regionaler Ebene ist eine weiterführende Koordinierung über und für die Kommunen nötig, die mit Beratung und Information die Kommunen in der Region zur Aktivität motiviert. Hier sind die Regionalverbände die geeignete und geforderte Einrichtung. Es sollten auf regionaler Ebene Masterpläne erarbeitet werden, die die Ausbaunotwendigkeiten und deren zeitliche Abfolge festlegen.
- Auf der kommunalen Ebene sind die Kommunen und die Landkreise aufgefordert, die Defizite in der Breitbandanbindung insbesondere in den Industrie- und Gewerbegebieten zu erfassen und mit den Unternehmen zusammen nach Verbesserungs- und Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Die Verfügbarkeit schneller Internetverbindungen ist zwischenzeitlich ein außerordentlich wichtiger Standortfaktor, der in seiner Bedeutung nicht hinter einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur zurücksteht. Den Kommunen kommt eine wichtige koordinierende und nach einer Markterkundung und vergeblichem Interessenbekundungsverfahren bei privaten Anbietern, auch eine investierende Rolle für die Basisinfrastruktur zu. Im Rahmen der kommunalen Planungshoheit sollten die Kommunen darauf achten, dass bei Neuausweisungen von Baugebieten bei der Erschließung Glasfaser im Betriebsmodell Open Access gelegt wird.
- Die Nutzer von immer leistungsfähigeren Breitbandverbindungen im gewerblichen Bereich sollten damit rechnen, dass für mehr Leistung auch mehr zu bezahlen ist. Die im Smartphone-Bereich zu beobachtende Tendenz, in regelmäßigen Abständen neue, bessere Technologie und immer mehr Datenleistung zu kontinuierlich sinkenden Preisen zu erhalten, dürfte sich in Festnetz- und insbesondere in noch teuer

auszubauenden Glasfasernetzen nicht in ähnlicher Weise realisieren lassen. Die Investitionen müssen sich für den Investor rechnen.

- Der Breitbandausbau in Baden-Württemberg muss weiter zügig und bedarfsgerecht vorangebracht werden, vorzugsweise mit Glasfaser. Neben dem ländlichen Raum dürfen unversorgte Gebiete in Ballungsräumen beim Breitbandausbau und der Breitbandförderung nicht vergessen werden.

## WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

### 1.6 Neue Dienstleistungen sind Wachstumsmotoren

#### Wie es ist:

Neu entwickelte Dienstleistungen machen bei kleinen und mittleren Unternehmen in Baden-Württemberg bereits einen erheblichen Teil ihres Umsatzes aus und die Bedeutung wird zukünftig mit großer Sicherheit noch zunehmen. Mehr als jeder dritte baden-württembergische Mittelständler will mit neuen Dienstleistungen wachsen. „Made in Germany“ genießt auch bei Dienstleistungen einen guten Ruf in der Welt. Die deutsche Volkswirtschaft ist inzwischen mit 230 Milliarden US-Dollar weltweit nach den USA (515 Milliarden US-Dollar) der zweitgrößte Exporteur kommerzieller Dienstleistungen.

Gerade Dienstleister in ihren dem ständigen Wandel unterworfenen Märkten (z. B. IT und Medien) sind bei der Entwicklung neuer Services auf einen guten Kontakt zu Forschung und Entwicklung angewiesen. Das noch junge Gebiet der Dienstleistungsforschung ist jedoch oftmals in der Anwendung für die in der Dienstleistung vorherrschenden KMU ungeeignet und im Bewusstsein dieser Unternehmen zu wenig verankert. Auch etablierte Dienstleistungen der beratenden Berufe mit eigener Kammer wie Rechtsanwälte, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer sind wichtige Grundlage unternehmerischer Leistungsfähigkeit.

#### Forderungen:

- Forschungsprogramme des Landes vermehrt auf die praktische Umsetzbarkeit für KMUs überprüfen.
- Kontakte zwischen Hochschulen und kleinen und mittleren innovativen Dienstleistern fördern.
- Qualifikations- und branchenbezogene Barrieren, die Gründer am Marktzutritt oder bestehende Unternehmen an der Besetzung neuer Geschäftsfelder und Ideen hindern, beseitigen.
- Erhalt der hohen Qualität bei den bereits gesetzlich reglementierten Dienstleistungen wie bspw. Steuerberatung, Rechtsberatung, Wirtschaftsprüfung, zugleich Verzicht des Gesetzgebers auf unnötige bürokratische Vorgaben, die letztlich von den Mandanten aus der Wirtschaft bezahlt werden müssten.
- Entbürokratisierung gewerberechtlicher Erlaubnis- und Registrierungsverfahren für Dienstleistungsunternehmen.

## 1.7 Keine Überregulierung im Bereich der Dienstleistungen

### Wie es ist:

Mehr als jeder dritte baden-württembergische Mittelständler will mit neuen Dienstleistungen wachsen. Insgesamt ist gerade bei den Dienstleistungen eine besondere Gefahr für staatliche Regulierung feststellbar. Die 2007 erfolgte Einführung der Genehmigungs- und Registrierungspflicht für Versicherungsvermittler und -berater und die 2013 entsprechend erfolgte Reglementierung für Anlagevermittler- und -berater belegen dies.

### Forderungen:

- Entbürokratisierung gewerberechtlicher Erlaubnis- und Registrierungsverfahren für Dienstleistungsunternehmen.
- Gewerbefreiheit bei Dienstleistungen nicht noch weiter zurück drängen. Forschungsprogramme des Landes vermehrt auf die praktische Umsetzbarkeit für KMUs überprüfen.
- Qualifikations- und branchenbezogene Barrieren, die Gründer am Marktzutritt oder bestehende Unternehmen an der Besetzung neuer Geschäftsfelder und Ideen hindern, beseitigen.
- Erhalt der hohen Qualität bei den gesetzlich reglementierten Dienstleistungen wie bspw. Steuerberatung, Rechtsberatung, Wirtschaftsprüfung, zugleich Verzicht des Gesetzgebers auf unnötige bürokratische Vorgaben, die letztlich von den Mandanten aus der Wirtschaft bezahlt werden müssten.
- Kontakte zwischen Hochschulen und kleinen und mittleren innovativen Dienstleistern fördern.

## 1.8 Öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) nutzen

### Wie es ist:

Eine Öffentlich-Private Partnerschaft (ÖPP) kann ein Mittel für die Realisierung staatlicher Aufgaben sein, sofern eine Finanzierung herkömmlicher Art nicht oder erst in ferner Zukunft möglich ist. Die Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und privater Wirtschaft über ÖPP wurde von Seiten der Landesregierung Baden-Württemberg bislang gefördert.

### Wie es sein sollte:

Mischformen zwischen öffentlichen Stellen und privaten Unternehmen sollten grundsätzlich die Ausnahme bleiben. Sofern es sich um hoheitliche Aufgaben handelt, muss sichergestellt sein, dass diese Tätigkeiten ausschließlich von staatlichen Stellen ausgeübt werden. Leistungen der Daseinsvorsorge können entweder durch die öffentliche Hand oder durch Unternehmen der Privatwirtschaft erbracht werden. Aus Bereichen, die nicht zu diesen beiden Kategorien zählen, sollte sich die öffentliche Hand heraushalten. Vom Grundsatz her sollten echte Privatisierungen den Vorrang haben. ÖPP-Projekte sind nur dann zu priorisieren, wenn im Ergebnis die Kosten für die Allgemeinheit reduziert werden. ÖPP darf kein Instrument für die öffentliche Hand sein, sich neue Geschäftsfelder zu erschließen, die bislang ausschließlich von Unternehmen der privaten Wirtschaft abgedeckt wurden.

### Forderungen:

- In Bereichen, die auch künftig der Daseinsvorsorge zuzurechnen sind (etwa Infrastruktur, Bau und Unterhalt von Schulen) und bei denen keine bessere Ausstattung mit Finanzmitteln zu erwarten ist, sollten ÖPP-Modelle als gleichwertige Variante neben der klassischen Form (Vergabe eines öffentlichen Auftrags) geprüft werden.
- Für plausible Wirtschaftlichkeitsvergleiche sind für die Entscheidungsträger der öffentlichen Hand klarere Regeln erforderlich.
- Kleine und mittlere Betriebe müssen bei ÖPP-Projekten angemessen beteiligt sein.

## 1.9 Internationalisierung verstärken und unterstützen

### Wie es ist:

Baden-Württembergs wirtschaftliche Entwicklung entscheidet sich bei weitgehend gesättigten Märkten im Inland und weiter wachsenden Märkten im Ausland künftig noch stärker am Erfolg hiesiger Unternehmen im Auslandsgeschäft. Eine florierende Exportwirtschaft schafft Arbeitsplätze und sichert damit den Wohlstand des Standorts Deutschland. Die Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft muss immer wieder erarbeitet werden. Die Politik sollte darauf achten, dass die Rahmenbedingungen für exportierende Unternehmen nicht durch vermeidbare Bürokratie erschwert werden.

### Forderungen:

- Außenwirtschaftspolitik fördern

Außenwirtschaftspolitik ist eine Politikaufgabe ersten Ranges – nur so kann die Zukunftsfähigkeit Baden-Württembergs als Wirtschaftsstandort gesichert werden. Erst effektive politische Flankierung ermöglicht Geschäfte in vielen Auslandsmärkten.

- Bürokratieabbau und Steuerreform stärken Außenhandel

Vor Verabschiedung von Gesetzen und Verordnungen muss eine realistische Abschätzung der Verhältnismäßigkeit und Kosten der Maßnahme eingeführt werden. Das Steuerrecht muss an den globalen Wettbewerb angepasst werden.

- Wirtschaftsfreundliches Außenwirtschaftsrecht für globalen Wettbewerb

Nur eine praxisnahe Ausgestaltung der Instrumente des Außenwirtschaftsrechts gewährt Sicherheit und Freiheit des Außenwirtschaftsverkehrs: Exportkontrollverfahren sind zu beschleunigen. Bei Sicherheitsinitiativen sind Dopplungen zu vermeiden.

- Mit liberaler Handelspolitik gegen Protektionismus

Die europäische Wirtschaft braucht Handelsabkommen auf multilateraler Ebene. Ökonomische Kriterien müssen maßgeblich sein. Die Verpflichtungen von erfolgreich verhandelten Freihandelsabkommen zügig umzusetzen, ist Daueraufgabe der EU.

- Markt- und regionalspezifische Handelshemmnisse beseitigen

Auf vielen Zielmärkten deutscher Unternehmen gibt es protektionistischen Maßnahmen, die von der Welthandelsorganisation nicht sanktioniert werden. Alle

handelspolitischen und diplomatischen Mittel müssen eingesetzt, um gegen Protektionismus vorzugehen.

- Angleichung von Standards und Normen mit den wichtigsten Zielmärkten

Exporte werden häufig durch technische Regulierungsmaßnahmen erschwert. Ein Abbau davon ist im Rahmen von Freihandelsabkommen anzustreben, z. B. durch gegenseitige Anerkennung oder Übernahme von Standards und Prüfungsverfahren.

- Schutz geistigen Eigentums als essentieller Bestandteil von Handelsabkommen

Der Schutz geistigen Eigentums muss ein fester Baustein in internationalen Handelsabkommen werden, da der Standort Deutschland von Innovation lebt. Eine weitere Angleichung der Rechtsstandards auf internationaler Ebene ist anzustreben.

- Mittelstandsgerechte Exportfinanzierung

Das Vergabeverfahren für Exportkreditgarantien des Bundes muss auch für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) nutzbarer gestaltet werden. EU-weit müssen die gleichen Bedingungen für staatliche Unterstützung privater Kreditversicherer gelten.

- Synergien in der Außenwirtschaftsförderung nutzen und bündeln

Effektive Außenwirtschaftsförderung beginnt im Inland. Die deutschen Auslandshandelskammern (AHK) sind das wichtigste Förderinstrument im Ausland. Unter ihrem Dach sollten deutsche Initiativen im Ausland gebündelt werden.

- Ehrbarer Kaufmann - Leitbild im Auslandsgeschäft

Auch im internationalen Wettbewerb ist verstärkt auf die Ausarbeitung branchenweiter Verhaltenskodizes hinzuarbeiten und damit verbunden auf die Durchsetzung sozialer und ökologischer Standards entlang der Lieferkette.

## 1.10 Alternative Antriebe technologieoffen fördern

### Wie es ist:

Angesichts der großen technischen und wirtschaftlichen Herausforderungen wird das rein batteriebetriebene Elektroauto auf absehbare Zeit hin in Europa und Deutschland nur begrenzte Marktanteile haben. Die Automotive-Unternehmen müssen sich zunehmend auf den Strukturwandel vorbereiten, was durch die Entwicklungen bezüglich des Dieselmotors beschleunigt wird. Entscheidend für den Automobilstandort Baden-Württemberg ist aber die Weiterentwicklung beziehungsweise Optimierung des Verbrennungsmotors und seiner Hybridisierungsvarianten. Durch die parallel laufenden Entwicklungen im Bereich optimierter Verbrennungsmotoren und der vielfältigen alternativen Antriebe müssen die Automotive-Unternehmen zunehmend hohe finanzielle Vorleistungen durch Technikentwicklung erbringen, insbesondere die vielen KMU-Zulieferer.

### Wie es sein sollte:

Die Politik sollte nicht die zukünftige Fahrzeugtechnologie vorschreiben, sondern in erster Linie Ziele vorgeben und die Umsetzung den Forschungsabteilungen der Industrie überlassen, durchaus mit der Flankierung durch geeignete Förderinstrumente. Technologische Vielfalt zur Erfüllung von Umweltvorgaben sichert den Wettbewerb um die beste technische und wirtschaftliche Lösung.

### Forderungen:

- Die öffentliche Unterstützung umweltverträglicher Antriebstechnologien sollte technologieoffen und ohne Diskriminierung der vorhandenen Technologien erfolgen.
- Es ist dringend notwendig, die kleinen und mittleren Kfz-Zulieferer bei der Finanzierung von FuE-Projekten für alternative Antriebe zu unterstützen, etwa durch speziell auf diese Zielgruppe zugeschnittene Förderdarlehen.
- Weiter sollte der Technologie- und Wissenstransfer in die Automotive-Zulieferbetriebe intensiviert werden.

Hochschulen und alle Partner in der Aus- und Weiterbildung sollten ein ausreichendes Angebot an Fachkräften auf dem Gebiet künftiger Fahrzeugantriebe entwickeln.

## 1.11 Industriepolitik für den Markt und an den Unternehmen ausrichten

### Wie es ist:

Es sind verstärkt Tendenzen festzustellen, dass die Politik gezielt bestimmte Technologien fördert. Der Staat wäre indes überfordert, würde er all diese Ideen prüfen und bewerten wollen und für von ihm als zukunftsträchtig eingeschätzte Bereiche fördern wollen. Die Politik beabsichtigt Gründungen sowie deren Wachstum durch erleichterten Kreditzugang und Unterstützung bei der Erschließung internationaler Märkte zu fördern. Es soll eine Strategie zur europäischen Normung vorgelegt werden, die den Bedürfnissen der Industrie gerecht wird. Die europäische Verkehrs-, Energie- und Kommunikationsinfrastrukturen sollen modernisiert werden. Energieintensive Industrien sollen durch Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen unterstützt werden. Baden-Württemberg hat sich zum Ziel gesetzt, die Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Unternehmen zu stärken.

### Wie es sein sollte:

Industriepolitik muss die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft verbessern. Dazu sollte sie technologieoffen ausgerichtet werden. Wettbewerb um gute Ideen ist zuzulassen, auch im Bereich grüner Technologien. Diese werden auf dem Markt nachgefragt. Die Unternehmen reagieren auf diese Nachfrage mit passenden Produkten.

### Forderungen:

- Rahmenbedingungen sollten technologieoffen gestaltet werden. Das Land sollte deshalb von einer Schwerpunktsetzung bei den von ihr so bezeichneten Zukunftsfeldern absehen (nachhaltige Mobilität, Umwelttechnologien, Erneuerbare Energien und Ressourceneffizienz, Gesundheit und Pflege sowie IKT). Wirtschaftsförderung sollte der Wirtschaft insgesamt zugute kommen und keine Branchen selektiv herausgreifen.
- Eine im besten Sinne gute und effiziente Wirtschaftspolitik besteht darin, einen verlässlichen Ordnungsrahmen zu setzen und Planungssicherheit zu bieten.

## STANDORTQUALITÄT

### 1.12 Positive Impulse für den Handel geben

#### Wie es ist:

Der Handel leidet unter den Überregulierungen des Gesetzgebers. Die geplanten Lebensmittelkennzeichnungsvorschriften der EU führen zu neuen Belastungen. Viele darin enthaltene Vorschriften (Mindestschriftgrößen, „Ampelkennzeichnung“, Platzierungsvorschriften etc.) bereiten gerade den kleinen und mittleren Betrieben große Sorgen. Fahrverbote in den Innenstädten behindern den Liefer- und Kundenverkehr. Innenstadtlagen werden von filialisierten Unternehmen dominiert.

#### Wie es sein sollte:

Die Rahmenbedingungen für den Handel müssen entbürokratisiert werden. In die Entscheidungen über Umwelt- und Lärmvorschriften müssen die Interessen des Handels gleichwertig einfließen.

#### Forderungen:

- Die Landesregierung muss Überregulierungen und eine drohende Überbürokratisierung im Handel verhindern. Sie muss darauf hinwirken, dass vom deutschen Gesetzgeber innerhalb der EU keine nationalen Sonderwege eröffnet werden.
- Die Landesregierung soll durch konsequente Anwendung und Weiterentwicklung der gegebenen Planungs- und Ordnungsinstrumente die Zukunft der Innenstädte nachhaltig sichern und für ausgeglichene Chancen im Wettbewerb mit peripheren Lagen sorgen.
- Die Landesbehörden sind aufgefordert, keine Fahrverbote für den notwendigen Liefer- und Kundenverkehr des Handels zuzulassen, wenn diese erkennbar nicht geeignet sind, um die gesetzten Ziele zu erreichen.
- Die Erreichbarkeit der Innenstädte muss bei einem Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs auch für den Individualverkehr sichergestellt sein.
- Kunden brauchen ausreichende Parkmöglichkeiten zu akzeptablen Preisen.
- Ablösebeträge für Stellplätze dürfen nicht zur Aufbesserung der kommunalen Finanzen missbraucht werden.

- Erhöhte Sicherheit für Bürger und Kunden führt zu einer Attraktivitätssteigerung der Innenstädte.

## 1.13 Mehr Markt und weniger Regulierung im Tourismus

### Wie es ist:

Belastungen wie etwa Gebühren für Verwertungsrechte oder die Vergnügungssteuer, aber auch gesetzliche Regelungen, wie das Gaststättengesetz, stellen bürokratische, investive und finanzielle Mehrbelastungen dar. Durch laufende Änderungen nicht gerichtsfester Regelungen wie dem Nichtraucherschutzgesetz, das kurz nach seiner Einführung bereits wieder geändert werden musste, wird der Aufwand noch unnötig erhöht.

### Forderungen:

- Schaffung verlässlicher Rahmenbedingungen: Rechtliche Vorgaben sind auf notwendige Regelungen zu beschränken und auf diesem Niveau dauerhaft zu halten, um den Unternehmen Planungssicherheit zu geben. In einem ersten richtigen Schritt sind Gaststätten ohne Alkoholausschank bereits von der Erlaubnispflicht ausgenommen worden. Es sollte jedoch hinterfragt werden, ob es sinnvoll ist, dass allein wegen des Ausschanks von Alkohol der bürokratische Prozess der Erlaubniserteilung erschwert wird.
- Wirksame Kontrollen statt Bürokratie: Sicherstellung hygienischer Standards wird am wirksamsten durch eine ausreichende Kontrolle in der betrieblichen Praxis gewährleistet. Indem „schwarze Schafe“ frühzeitig identifiziert werden, erübrigt sich die Diskussion um die Einführung einer Kennzeichnung von hygienisch einwandfreien Gaststätten, da grundsätzlich von Verbrauchern ein solcher Standard erwartet werden kann.

## 1.14 Effiziente Strukturen im Tourismus des Landes schaffen

### Wie es ist:

Der Tourismus gilt als Zukunfts- und Wachstumsbranche. Er ist in Baden-Württemberg ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, der über 50 Millionen Übernachtungen, 280.000 nicht exportierbare Arbeitsplätze, 10.000 Ausbildungsplätze und Wertschöpfung in Milliardenhöhe auch in verbundenen Branchen generiert. Zudem schafft die Tourismusinfrastruktur gerade in ländlichen Regionen attraktive Freizeitangebote und damit Lebensqualität. Wichtige Segmente der baden-württembergischen Tourismuswirtschaft sind insbesondere der sowohl in den Ballungszentren als auch in den meisten ländlichen Regionen stark ausgeprägte Geschäftsreisetourismus, die Messe- und Kongresswirtschaft und auch der Tagestourismus.

Ein entscheidender Erfolgsfaktor im Wettbewerb der Tourismusregionen weltweit sind effiziente Strukturen. Starke Tourismusregionen treten wie „ein Unternehmen“ am Markt auf. Nur wenn das Zusammenspiel aller Beteiligten einer Tourismusregion (private Leistungsträger, Kommunen, Landkreise, Destinationsmanagement und Landesmarketing) auf den verschiedenen Ebenen klar geregelt ist, kann dies gelingen.

### Forderungen:

- Klare Strukturen in der Tourismuswirtschaft: Im Rahmen der projektbezogenen Tourismusinfrastrukturförderung des Landes sollen Landesmittel für die Tourismusförderung umgelenkt werden von einer reinen kommunalen Förderung hin zu innovativen Public Private Partnership Projekten. Das Zusammenspiel der touristischen Akteure (privatwirtschaftlich und kommunal) muss auf den verschiedenen Ebenen eindeutig geregelt sein.
- Die verschiedenen Förderinstrumente des Landes müssen transparenter gemacht und besser koordiniert werden. Bei allen Förderinstrumenten sollten Projekte von überregionaler Bedeutung für die Destination berücksichtigt werden, die in die Marketingkonzepte des Landes und der jeweiligen Tourismusregion eingebunden sind. Organisatorische Doppelstrukturen auf Landes-, Destinations-, Landkreis- und Ortsebene sind abzubauen, beziehungsweise nicht erst aufzubauen.
- Tourismusfördermittel und Marketingmittel des Landes sollten an Kooperationsprojekte vergeben werden, die sich unter dem Dach touristischer Marken oder Erlebnismarken positionieren und an den übergeordneten

Marketingstrategien ausrichten. Dabei sollte auch eine ausgewogene Förderung mit Blick auf die wirtschaftliche Bedeutung der Tourismusformen berücksichtigt werden.

- Ein wichtiges Segment ist die Messe- und Kongresswirtschaft sowie den Tages- und Geschäftsreisetourismus. Auch er muss, neben dem Urlaubstourismus, entsprechende Unterstützung durch Tourismus- und Wirtschaftspolitik sowie Tourismusmarketing erhalten. Hierzu bedarf es auch eines politischen Bekenntnisses zu einer intakten Infrastruktur von Verkehrswegen, Beherbergungsbetrieben und Veranstaltungsstätten ohne gesetzliche Restriktionen.

## 1.15 Öffentliche Clusterförderung auf Technologiebedarf und KMU ausrichten

### Wie es ist:

Viele Clusterinitiativen, wie etwa die Exzellenzcluster der Universitäten, sind schwerpunktmäßig auf die größeren Unternehmen und auf aktuelle Trendtechnologien ausgerichtet und damit für viele Klein- und Mittelbetriebe weniger geeignet. Eine Fraunhofer-Analyse zum Technologie- und Clusterbedarf kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) zeigt, dass die Unternehmen einen sehr differenzierten Unterstützungsbedarf auch außerhalb der Trendtechnologien haben.

### Wie es sein sollte:

Die Clusterförderung des Landes sollte sich auch an den Bedürfnissen der KMU ausrichten und dazu beitragen, selbsttragende Wachstumsprozesse und nachhaltige Strukturen anzustoßen.

### Forderungen:

- Die öffentliche Clusterförderung sollte vor allem darauf abzielen, regionale „Stärken zu stärken“, sich in erster Linie an den Anforderungen der Unternehmen auszurichten, selbsttragende Wachstumsprozesse anzustoßen und nachhaltige Strukturen zu unterstützen.
- Öffentliche Clusterförderung sollte unternehmerisches Handeln, das auf dem autonomen Abwägen von Chancen und Risiken bezüglich Märkten und Technologien beruht, nicht mit einer zentralen Lenkungswirkung überlagern.
- Auf Dauer gesehen sollten sich Clusterinitiativen für die Wirtschaft in der Regel selbst tragen, d. h. sich nach einer öffentlichen Anschubförderung möglichst selbst finanzieren.
- Ergänzend könnte die Verstärkung der Verbundforschung und des personellen Austauschs zwischen KMU und Forschungseinrichtungen die Clusteraktivitäten unterstützen.

## RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

### 1.16 Landeshaushalt konsolidieren

#### Wie es ist:

Aufgrund der konjunkturellen Lage stellt sich die Einnahmensituation Baden-Württembergs hervorragend dar. Das Land hat einen Konsolidierungskurs eingeschlagen und plant keine neuen Schulden aufzunehmen. Eine Schuldenrückzahlung ist nicht zu erkennen.

#### Forderungen:

- Steuererhöhungen sind der falsche Weg zur Haushaltkskonsolidierung. Sie belasten die Liquidität der Unternehmen, verhindern Investitionen und damit den Erhalt bzw. die Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Außerdem schwächen sie die Krisenresistenz der Unternehmen. Vor allem würden sie die mittelständischen Betriebe als Rückgrat der deutschen Wirtschaft zusätzlich belasten. Das gilt für Ertragsteuern wie für alle Substanzsteuern.
- Bei den Verwaltungsausgaben muss vermehrt nach Einsparpotentialen Ausschau gehalten werden. Geeignete Leistungen des Landes sind daraufhin zu überprüfen, ob sie nicht effizienter und kostengünstiger durch Private erbracht werden können. Mehr als bislang ist die Möglichkeit der Abwicklung von öffentlichen Projekten als Public Private Partnership-Modelle zu nutzen. Hierfür sind einfache und transparente Rahmenbedingungen zu schaffen.
- Eine Stabilisierung der finanziellen Situation des Landes auf der Einnahmenseite lässt sich nur durch eine nachhaltige Förderung der konjunkturellen Entwicklung in Baden-Württemberg erzielen. Hierfür müssen attraktive Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und Spielräume für private Initiativen und Investitionen geschaffen werden. Zukunftsorientierte Investitionen und Bildungsausgaben sichern auf Dauer Wachstum und müssen dabei Vorrang haben.

## 1.17 Privatwirtschaft hat Vorrang vor kommunaler Wirtschaftstätigkeit

### Wie es ist:

Als Folge aus der Krise sind Forderungen nach mehr Staat allgegenwärtig. Die Risiken von mehr staatlichem Einfluss sollten jedoch sorgfältig abgewogen werden. Seit der Änderung des Gemeindewirtschaftsrechts 2005 dürfen Kommunen abseits der Daseinsvorsorge nur dann neue wirtschaftliche Betätigungsfelder erschließen, wenn ein Privater die Leistungen nicht gleich gut oder wirtschaftlich erbringen kann. Das Land macht sich für den Fortbestand kommunaler Unternehmen stark, etwa bei Strom, Wasser und Nahverkehr. Der landespolitische Spielraum soll genutzt werden, um die kommunale Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand zu halten.

### Wie es sein sollte:

Wirtschaftliche Betätigung ist keine Kernaufgabe der öffentlichen Hand. Wenn der Staat dennoch in Wettbewerb zu privaten Unternehmen tritt, müssen für alle die gleichen Bedingungen gelten. Gemeinden sollten zur Privatisierung verpflichtet sein, wenn Private die Leistungen besser oder gleich gut anbieten können.

### Forderungen:

- Beschränkung der Kommunen auf hoheitliche Bereiche und Daseinsvorsorge. Keine Ausdehnung gesetzlicher Schranken über konzernartige Strukturen.
- Unternehmerische Tätigkeit von Kommunen nur dann, wenn Private diese Leistungen nicht in gleichem Maße und ebenso effizient erbringen. Keine Erschließung lukrativer Geschäftsfelder bei gleichzeitig bestehenden funktionierenden privaten Anbietern.
- Ausschluss kommunaler Zusammenschlüsse oder Anstalten des öffentlichen Rechts zur wirtschaftlichen Betätigung in Konkurrenz zur Privatwirtschaft, erst recht außerhalb des Gemeindegebiets.

## 1.18 Zugang zu öffentlichen Aufträgen erleichtern

### Wie es ist:

Für nationale Ausschreibungen kann - im Gegensatz zu EU-weiten Aufträgen - jedes Bundesland eigene Regelungen erlassen. In Baden-Württemberg gibt es kein verbindliches Veröffentlichungsorgan für alle öffentlichen Auftraggeber. Die VOL/A wird Kommunen nur zur Anwendung empfohlen. Die Präqualifizierung im VOL-Bereich bietet Vorteile. Dadurch erhöht sich der bürokratische Aufwand und das beste Preis-Leistungs-Verhältnis sowie Qualitätsaspekte als Instrument zur Durchsetzung eines sparsamen Umgangs mit Haushaltsmitteln werden zurückgedrängt.

### Wie es sein sollte:

Öffentliche Aufträge sollten im Wettbewerb, transparent und mittelstandsfreundlich vergeben werden. Das Auffinden von Ausschreibungen darf nicht vom Zufall oder der Finanzkraft eines Unternehmens abhängen. Das Land sollte vom Erlass ergänzender Vorschriften, die vergabefremde Aspekte betreffen, absehen.

### Forderungen:

- Für Ausschreibungen sollte es ein für Unternehmen kostenfrei nutzbares Veröffentlichungsmedium geben, welches alle Ausschreibungen - zumindest aus Baden-Württemberg - enthält.
- Landesrechtliche Vorschriften sollten auf das Notwendigste beschränkt und regelmäßig evaluiert werden.
- Die VOL/A sollte verbindlicher Vergabegrundsatz werden.
- Das Land sollte die Präqualifizierung im VOL-Bereich (PQ-VOL) unterstützen.
- Öffentliche Beschaffung soll sparsam und wirtschaftlich erfolgen und nicht Sekundärziele verfolgen, weil dies für gewerbliche Bieter aus der Wirtschaft zu höherem Aufwand führt.

## 1.19 Bürokratie im Land abbauen, bürokratiearme Verwaltungspraxis fördern

### Wie es ist:

Bei der Landesregierung hat das Bemühen um bürokratiearme Landesgesetze nicht immer den Stellenwert, den sich die Wirtschaft wünscht. Im Alltag der Unternehmen zeigt sich, dass viel zu häufig nicht die gesetzlichen Normen selbst, sondern die Verwaltungspraxis Bürokratie verursacht. Der Verzicht auf zu enge Verwaltungsvorschriften für die Behörden im Namen der Verwaltungsvereinfachung hat nicht immer zu mehr Flexibilität im Sinne einer wirtschaftsfreundlichen Handhabung geführt. Zum Teil wurde der Spielraum auch zu mehr Bürokratie genutzt. Die Orientierung der Unternehmen, welche gesetzlichen Anforderungen ganz konkret gestellt werden, wird dadurch erschwert. Erleichterungen in der Verwaltungspraxis können sich jedes Jahr für eine Vielzahl von Unternehmen kostensparend auswirken.

### Forderungen:

- Entschlossener Bürokratieabbau durch die Landesregierung bei für die Wirtschaft relevanten Vorschriften.
- Ausnahmslose Überprüfung aller Gesetzesvorhaben des Landes sowie bereits verabschiedeter Landesgesetze auf Geeignetheit, Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit der Maßnahme sowie der Kosten für Wirtschaft und Verwaltung auf der Basis des Standardkostenmodells; auf diese Weise verbesserte Einschätzungsmöglichkeiten von Landesregierung und Landtag hinsichtlich Gesetzesfolgen auch bei schwierigen Materien.
- Evaluation aller neuen Gesetze nach drei Jahren; Abschaffung von Normen bei fehlendem Nachweis der Effizienz innerhalb dieses Zeitraums.
- Landesrechtliche Umsetzung der „one in, one out“-Regel.
- Neue Gesetze erst nach konsequenter Ausschöpfung des Gesetzesvollzugs.
- Einwirkung auf die Verwaltung zu einheitlicher, bürokratieärmer Auslegung von wirtschaftsrelevanten Gesetzen; verstärkt Einsatz von Verwaltungsvorschriften mit Beschränkung auf unbedingt erforderliche Anforderungen für den Standardfall mit Spielraum zur Abweichung in begründeten Fällen im Sinne weitergehender oder geringerer Anforderungen.
- Rückgriff auf die Erfahrungen der Einheitlichen Ansprechpartner zum Auffinden von Deregulierungspotential.

- Die Einheitlichen Ansprechpartner konsequent als Lotsen durch die bürokratischen Anforderungen nutzen.